

Abschiebung tibetischer Flüchtlinge aus Nepal

Nach der Rückkehr von König Birendra und Außenminister Lohani erfolgte nach etwa einjähriger Pause die erneute Abschiebung tibetischer Flüchtlinge. Mindestens 200 wurden im vergangenen halben Jahr in Nepal festgenommen, davon mindestens 20 Anfang September deportiert. China erkaufte sich die Loyalität Nepals zunehmend durch großzügige Entwicklungshilfe und verlangt dafür seit Jahren das Zugeständnis, daß "Tibet integraler Bestandteil Chinas" sei. Dabei verdrängen die heutigen Machthaber Nepals ihre uralten Beziehungen zu Tibet als souveränem Staat. Tatsächlich hatte das Himalaya-Königreich bei seiner Aufnahme in die UNO 1949 als Bewerbungskriterium betont, diplomatische Beziehungen zu Tibet als "unabhängigem" Land zu haben. 1959 nahm Nepal eine große Anzahl tibetischer Flüchtlinge auf. Noch heute leben 15.000 bis 20.000 Tibeter in Nepal. Darüber hinaus gehört das gesamte Hochgebirge zum tibetischen Kulturkreis.

1989 stieg die Zahl der Flüchtlinge, von denen die große Mehrheit nach Indien will, wieder kontinuierlich an. Jeden Monat flüchten durchschnittlich 250 Tibeter, unter ihnen viele Mönche, Nonnen und Kinder, über hohe, gefährliche Himalaya-Pässe nach Nepal, wo sie in der Hauptstadt Kathmandu vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, registriert werden. Genaue Zahlen sind jedoch unbekannt, da viele Flüchtlinge direkt nach Indien ziehen können oder bereits an der Grenze - entgegen gültigem Völkerrecht - abgeschoben werden. Die Chinesen haben dafür hohe Fangprämien ausgesetzt.

Ganz offiziell wurden in den vergangenen Jahren mehrere hundert Flüchtlinge von Kathmandu aus deportiert. Abgeschobenen Flüchtlingen drohen durchgängig Folter, Gefängnisstrafen oder Arbeitslager. Viele Tibeter und Tibeterinnen, darunter Kinder, verloren auf der Flucht ihr Leben oder er-

litten schwere Erfrierungen. Touristen und Bergsteiger sind meist die einzigen Augenzeugen, die über die Flüchtenden berichten.

Nepal geht auch deshalb vor China in die Knie, um die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit zum "großen Bruder Indien" zu verringern. Die nepalische Presse verbreitet unterstützend seit Jahren immer wieder - unbestätigte - Gerüchte über Waffenlager in buddhistischen Klöstern in Nepal und Tibet.

Die chinesische Regierung läßt unablässig nepalische Journalisten zu luxuriösen Informationsreisen ein. Die staatliche Nachrichtenagentur 'Xinhua' schloß gerade einen Kooperationsvertrag mit der einzigen Agentur Nepals (RSS) ab, die sich ebenfalls in Regierungsbesitz befindet.

Am 22. August gab unterdessen die chinesische Tageszeitung 'Tibet Daily' bekannt, daß die Bewachung der Grenze zu Nepal durch paramilitärische Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei verstärkt würde. China bekämpft seit Monaten tibetische Forderungen nach Unabhängigkeit und freien religiösen Aktivitäten mit besonderer Härte. Alle Bilder des Dalai Lama mußten aus Klöstern wie aus Privathäusern verschwinden. Nepals Premier Deuba erneuerte im Juni sein Versprechen, sein Land werde "niemals einen Besuch des Dalai Lama erlauben". Als Hindu verwehrt er damit auch seinen zahlreichen buddhistischen Landsleuten einen langersehten Wunsch. Friedliche Demonstrationen, die in Nepal die Einhaltung der Menschenrechte in China und Tibet fordern, werden gewaltsam von Sicherheitskräften beendet, Demonstranten verhaftet, Tibeter in Vorbeugehaft genommen. In der Vergangenheit haben bereits mehrere Länder und Menschenrechtsorganisationen gegen die Abschiebep Praxis Nepals und die Verhaftungen protestiert.

Ludmilla Tüting

Mahakali River Projekt

von Ram Pradhan

Mit dem allgemein als entscheidenden Durchbruch empfundenen Beschluß hat das nepalische Parlament am 21. September mit großer Mehrheit den nepalisch-indischen Vertrag zur integrierten Entwicklung der Region entlang des Mahakali Flusses ratifiziert. Diese Region schließt eine Reihe von Dämmen und Einzelprojekten im zwar peripheren, aber strategisch wichtigen äußersten Westen Nepals ein. Premierminister Sher Bahadur Deuba bezeichnete diesen Mehrheitsentscheid als einen "Sieg für alle", während der federführende Minister für Wasserressourcen, Rashupati Rana, sogar von einem "Sieg der Demokratie" sprach. Mit dieser Entscheidung wurde zudem der Verfassungsartikel 126 bestätigt, der erst 1990 nach Auflösung des parteilosen 'Panchayat'-Systems eingeführt wurde. Dieser Artikel fordert für die Ratifizierung internationaler Verträge eine Zwei-Drittel-Mehrheit in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser.

Seit Beginn der Verhandlungen zwischen Nepal und Indien war offensichtlich, daß die Deuba-Regierung diesen Vertrag im Parlament nur mit Unterstützung der 'Communist Party of Nepal - United Marxist-Leninist' (CPN-UML), der wichtigsten Oppositionspartei, verabschieden konnte. Die Koalition aus 'Nepali Congress', 'Rastriya Prajatantra Party' (RPP) and 'Nepal Sadbhavana

Party' (NSP) allein war hierzu zu schwach. Die Unterstützung durch die CPN-UML galt bis zu dem Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung durch die Regierung eigentlich als sicher. Doch gemeinsam mit einer Fraktion der RPP unter Leitung des früheren Premierministers Lokendra Bahadur Chand unterstützte die CPN-UML ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung und forderte

Neuverhandlungen des Mahakali Vertrags.

Trotzdem hielt die Deuba-Regierung daran fest, die Vertragsratifizierung in der laufenden Legislaturperiode durchzuführen. Nachdem Anträge der CPN-UML zum Aufschub keinen Erfolg zeigten, forderten sie schriftliche Erklärungen zu einzelnen Aspekten sowohl von der nepalischen wie auch von der

indischen Regierung. Damit verband die Partei auch den Versuch, Junktims zu anderen politisch heiklen Fragen zwischen Nepal und Indien herzustellen. Hiermit sollte auch die als schwach eingeschätzte Deuba-Regierung in die Enge getrieben werden.

Zum Mahakali-Vertrag selber wurden von der CPN-UML vier wesentliche Forderungen erhoben, die in erneuten Verhandlungen geklärt werden sollten: 1. Der Mahakali-Fluß solle entgegen des Entwurfs auf seiner ganzen Länge die Grenze zwischen Nepal und Indien bilden; 2. Indien solle Zusagen über die zu exportierende Energiemenge treffen; 3. Die Wasserverteilung solle auf gleicher Basis (50:50) erfolgen, und 4. Der Strompreis solle auf der Basis der eingesparten Kosten erfolgen, die ansonsten für Kraftwerke oder Stromzukäufe in Indien erforderlich wären.

Im Zentralkomitee der CPN-UML war man anfangs überwiegend unzufrieden mit den eingegangenen Zugeständnissen der nepalischen und indischen Regierungen, doch letztlich erfolgte eine knappe Entscheidung, mit einer Stimme Mehrheit, für die Unterstützung der Ratifizierung.

Politischen Beobachtern zu Folge ist die mangelnde Einigkeit der Partei und die verbreitete Haltung gegen diesen Vertrag für ihre Stellung im Parlament sehr schädlich. Prominente Vertreter der Partei argumentierten von vornherein, daß diese Haltung nur ihr negatives, entwicklungskritisches Ansehen stärken, das ihr seit der Ablehnung des Arun III-Projektes während der eigenen Regierungszeit anhängt. Die Zustimmung zur Ratifizierung wurde letztlich damit begründet, daß der "eigentliche Projektzweck für das gesamte Land nützlich" sei.

Die Ratifizierung verpflichtet Nepal nun zu Entwicklungsmaßnahmen entlang des Mahakali-Flusses sowie zum Bau des etwa 315 Meter hohen Pancheswar-Dammes. Dieser Damm wird vermutlich der höchste Asiens sein und eine Leistung von etwa 6.400 Megawatt erreichen.

Umweltschützer in Indien und Nepal haben diesen Projektansatz schon mehrfach in Frage gestellt und bereiten eine Kampagne gegen den Bau des Damms vor. Die meisten Nepalis erwarten jedoch einen entscheidenden wirtschaftlichen Entwicklungsschub, der auch das Handelsbilanzdefizit gegenüber Indien verbessern und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen soll.

Bislang ist jedoch die endgültige Projektplanung noch nicht abgeschlossen. Innerhalb von sechs Monaten nach Vertragsratifizierung sollen die Planungen indischer und nepalischer Ingenieure zum Abschluß gebracht werden. Aller-



Indiens Premier Gowda und Nepals Premier Deub konnten sich einigen (Foto: Südasiensbüro)

dings mußte Premier Deuba den CPN-UML-Forderungen nachgeben und ihr die Vorlage der letzten Planungsentwürfe zusagen. Ähnliches gilt auch für die Besetzung der bilateralen 'Mahakali River Commission'.

Dieses kostenträchtige Projekt übersteigt die Finanzierungsmöglichkeiten beider Staaten bei weitem und kann nur über internationale Transfers oder privatwirtschaftliche Investoren finanziert werden. Entsprechende Anfragen und Angebote liegen schon vor und werden unter anderem durch die britische und US-amerikanische Regierung gefördert. Kritiker in Nepal, sowohl im rechten wie auch im linken Lager, befürchten jedoch im Zuge der erklärten "Investitionsflut" eine unerwünschte ausländische Einflußnahme auf Nepals Innenpolitik.

Die Baumaßnahmen sollen in zehn Jahren abgeschlossen sein. Dies kommt insbesondere den indischen Interessen sehr entgegen. Für den wachsenden Energiebedarf in den Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar wurde ein solches Projekt schon seit den 1960er Jahren verfolgt. Auf nepalischer Seite ist die Befriedigung darüber groß, mit Indien zum ersten Mal gleichberechtigt an Investitionen und Nutzen beteiligt zu sein. Nach mehreren für Nepal un-

vorteilhaften Verträgen wird dieser Verhandlungserfolg als Durchbruch einer neuen, dynamischen Generation von Politikern begrüßt.

Die Koalition von NC, RPP und NSP geht gefestigt aus den Verhandlungen hervor und die Gefahr kurzfristiger Neuwahlen ist damit vorerst gebannt. Daneben konnte Deuba seine eigene Position innerhalb des 'Nepali Congress' konsolidieren und Überlegungen in der Parteispitze zu Neuwahlen, mit dem Ziel ihn abzulösen, zuvorkommen.

Auch Regierungsmitglieder der RPP, wie Außenminister Prakash Chandra Lohani und der Minister für Wasserressourcen, Pashupati Rana, konnten ihre Position aufgrund ihres Einsatzes für den Mahakali-Vertrag verbessern und sich gegen die von Chand geführte parteiinterne Opposition durchsetzen.

Die Folgen für die CPN-UML hingegen sind jedoch noch kaum zu erfassen. Denjenigen, die sich ihrer Stimme enthalten oder gar entgegen der Parteivorgabe gegen die Ratifizierung gestimmt haben, steht nun ein parteiinternes Disziplinarverfahren bevor. Sehr wahrscheinlich wird dies zu einer Spaltung der Partei führen - auch wenn dies Parteiführer noch nicht wahrhaben wollen.

(Übersetzung / Bearbeitung, J. Clemens)